

„Glasnost“ auf polnisch?

Zwischen Erneuerung und Beharrungsvermögen

Panta rhei – Alles fließt: An diese Weisheit Heraklits mag sich erinnert fühlen, wer auf die vergangenen zwölf Monate in Polen zurückblickt. Läßt man Spektakuläres und eher Verborgenes aus der Vielzahl von Meldungen aus Polen Revue passieren, dann eröffnet sich ein buntes Mosaik von Informationen über den aktuellen Zustand der Volksrepublik.

Seit Anfang 1987, intensiver noch seit der Verabschiedung einer polnisch-sowjetischen Deklaration am 21. April 1987, versuchen sich Politiker, Publizisten und Historiker in mehr „jawność“, der polnischen Übersetzung für „glasnost“, in der allmählichen Beseitigung von sogenannten weißen Flecken in der polnisch-sowjetischen Geschichtsschreibung und in der politischen Geschichte Polens seit dem Zweiten Weltkrieg:

- Katyń – Synonym für die Ermordung von Tausenden polnischer Offiziere durch sowjetische Exekutionskommandos im Jahre 1940, das bisher größte Tabu in den polnisch-sowjetischen Beziehungen, ist keines mehr.
- Staats- und Parteichef Jaruzelski selbst machte den sowjetischen Anteil an der Liquidierung des unabhängigen Polen im Sommer 1939 und die Deportation Zehntausender Polen ins Innere der Sowjetunion zum Thema.

Zeichen des Wandels

Das Politbüro der regierenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei verlangte im November 1987 die endgültige Trennung vom überlebten stalinistischen Modell des Sozialismus, was den Umkehrschluß erlaubt, daß der Geist Stalins bis heute durch Parteibüros und Staatsapparat spukt. Ebenfalls im November entwarf Jaruzelski das Bild eines „sozialistischen Personalismus“. Der Einfluß der Enzykliken des Papstes aus Polen auf die neueste Wendung in der leninistischen Ideologie läßt sich kaum leugnen.

Der seit Jahrzehnten als Liberaler etikettierte *Mieczysław Rakowski* wurde – ebenfalls vor zwei Monaten – ins Politbüro der Partei aufgenommen. Zu Zeiten Suslows und Breschnews wäre dies undenkbar gewesen. Wenige Tage vor dem ersten Referendum seit 1946 wählte der Sejm, das polnische Parlament, die erste *Bürgerrechtsbeauftragte* in einem Land des Warschauer Pakts.

Mit dem *Referendum über die Wirtschaftsreform und Demokratisierung Polens* am 29. November 1987 kalkulierte erstmals in der Nachkriegsgeschichte Polens – im Unterschied zum Referendum von 1946 – die regierende kommunistische Partei die Möglichkeit einer Abstimmungsniederlage ein und verlor prompt – wenn auch knapp – die Wahl. Unmittelbar nach dem Referendum kündigte

die Warschauer Führung eine weitere Änderung des Wahlgesetzes von 1984 an, nach der – beginnend mit den Kommunalwahlen dieses Jahres – die geheime Wahl in der Wahlkabine ohne Vorzugskandidaten zur Pflicht gemacht wird.

Der politischen Opposition zugerechnete Schriftsteller werden zunehmend in staatlichen Verlagen gedruckt. Ein Wettlauf um ihre Gunst, d. h. einen Verlagsvertrag, zwischen staatlichen und inoffiziellen Verlagen des sogenannten zweiten Kreislaufs hat schon begonnen. Ganz Geschickte publizieren bei beiden. Eine seit zehn Jahren illegal erscheinende Zeitschrift des „liberal-katholischen“ Publizisten und Historikers *Marcin Król*, die „res publica“, wird seit Sommer 1987 mit offizieller Genehmigung gedruckt (vgl. HK, August 1987, 400). *Gesellschaftliche Interessengruppen* verschaffen sich immer mehr Gehör: Eine polnische Friedensbewegung unter dem Namen „Freiheit und Frieden“ macht zunehmend von sich reden und fordert ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Ökologische Klubs werden gegründet, und Bürgerinitiativen demonstrieren gegen den Bau von zwei Atomkraftwerken. Diskussionsclubs wie „Consensus“ und „Dziekania“ sprießen vielerorts aus dem Boden und geben Systemanhängern und Gegnern des Realsozialismus Raum für Diskussion. Sogar das polnische Fernsehen gibt ihnen neuerdings in bestimmten Magazinen die Möglichkeit zur Verteidigung ihrer Standpunkte.

Ein katholischer Bischof kritisierte in der Renommierzeitung der Partei, der Wochenzeitung „Polityka“, die staatliche Zensurpraxis. Auf massiven Druck aus katholischen Kreisen verschiedener politischer Couleur wurde ein Sexualkundebuch, das in den polnischen Schulen als Aufklärungsgrundlage dienen sollte, im Herbst 1987 aus dem Verkehr gezogen.

Führende polnische Oppositionelle sehen das Ende der Zeit der Negation angebrochen und bedauern – wie *Jan Lityński* und der ehemalige Solidarność-Sprecher und weiterhin in der Warschauer Universität tätige *Janusz Onyszkiewicz* –, daß die demokratische Opposition seit 1982 große strategische Fehler begangen und Chancen für eine Einflußnahme auf die polnische Innenpolitik versäumt habe. Der Historiker *Jerzy Holzer*, der während der Internierung 1982 die erste Geschichte der „Solidarność“ schrieb, forderte in Briefen an Jaruzelski und Wałęsa, einen Dialog aufzunehmen.

Die polnische Regierung bietet unter bestimmten Bedingungen einen Dialog zwischen führenden Funktionären der „Solidarność“ und der Regierung an. Der Gedanke an einen *Lech Wałęsa* im Konsultativrat beim Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski oder in einem anderen Verfassungsorgan der Volksrepublik wird von manchen ernst zu nehmenden polnischen Beobachtern nicht mehr für abwegig gehalten.

Sogar die Ideologie auf dem Prüfstand

Auf dem Felde der herrschenden *Ideologie* läßt sich der Zweifel, die Infragestellung des Alten, des seit vierzig Jahren gültigen Denkgebäudes, das vielberufene „Ende des ideologischen Zeitalters“ (*Peter Bender*) in der ganzen Dramatik beobachten. Daß die Wirklichkeit den marxistischen Gesetzmäßigkeiten nicht entsprach, war bisher für die Partei kein Grund gewesen, die ideologische Rechtfertigung für die Entwicklung des Realsozialismus in Polen seit 1948 von Grund auf in Frage zu stellen. Dessen Grundregeln waren in der stalinistischen Epoche entwickelt worden und gelten mit Abwandlungen bis heute.

Nicht genug, daß das Politbüro der PVAP sich im November 1987 von der „dogmatischen Kruste des überlebten *stalinistischen Modells* des Sozialismus“ lossagte – vor einem Jahr war das Wort „Stalinismus“ noch als antikomunistisch verpönt und vom Zensor aus Texten gestrichen worden –, die Verteidiger der Idee des Sozialismus als solcher sehen sich zunehmend in der ideologisch-philosophischen Auseinandersetzung in die Ecke gedrängt. Larmoyant und gar nicht kämpferisch wehrte sich die Parteizeitung „Trybuna Ludu“ unter der Überschrift „Bezwinger des Marxismus“ gegen die „in letzter Zeit wachsende Zahl“ derer, die behaupteten, „daß der Marxismus ein anachronistisches Überbleibsel, ein Altertümchen des 19. Jahrhunderts sei, das überdies in der praktischen gesellschaftlichen Realisierung unterlegen sei“ (Trybuna Ludu, 10.9.1987).

In der Juni-Ausgabe 1987 der „Nowe Drogi“, der theoretischen Monatszeitschrift der Partei, stellte der bekannte Sozialpsychologe *Janusz Reykowski* die nicht rhetorisch gemeinte Frage: „Ist der Sozialismus ein psychologisches Mißverständnis?“ Ziele des Sozialismus, wie die Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Beseitigung gesellschaftlicher Ungerechtigkeit, den Sieg des Rationalismus über den Irrationalismus, habe der sozialistische Staat, habe „die Verstaatlichung von allem: der Wirtschaft und Planung, der Produktion und der Verteilung, der Bildung und der gesellschaftlichen Fürsorge, der Kommunikation und Information, der Dienstleistungen, der kulturellen und gesellschaftlichen Aktivitäten“, gleichsam garantieren wollen. Die Ziele seien aber nicht erreicht worden. Die vergangenen Jahrzehnte zeugten davon, daß „irgendein riesiger Fehler“ gemacht worden sei. Die lange Liste der Mißerfolge führt Reykowski geradewegs zu der *Grundsatzfrage*: Lag es an den Methoden bei der Realisierung des Programms, oder lag es an der Doktrin, an der Mißachtung bestimmter Grundbedürfnisse des Menschen und seiner Psyche?

In seiner Analyse der vierzig Jahre Sozialismus in Polen bestätigt der Autor eigentlich die These derer, die „es schon immer wußten“: das Ergebnis des Realsozialismus ist „der entmündigte Mensch“ – ein von Reykowski benutzter Begriff, den man bisher nur vom ideologischen Gegner kannte. Wenn der Sozialpsychologe eine neue

Struktur und Rolle des Staates in Übereinstimmung mit seinen Bürgern fordert, die allein die Folgen der bisherigen verfehlten Methoden des existierenden Sozialismus beseitigen könnte, ist eine wissenschaftlich fundierte Abkehr vom Marxismus-Leninismus nur noch die Frage der Formulierung, nicht mehr die des Inhalts, auch wenn der Autor in einem Schwenk als „Voraussetzung für die Verwirklichung der moralischen und psychologischen Ziele des Sozialismus die Übereinstimmung mit den Notwendigkeiten und Interessen der arbeitenden Klassen, vor allem der Arbeiterklasse“, bezeichnet. – Hat denn nicht die Arbeiterklasse 1980/81 deutlich gemacht, was sie für notwendig erachtete?

So reichen denn die Zweifel bei guten polnischen Kommunisten auch weiter. Der bekannte Publizist und Deutschlandexperte *Ryszard Wojna* stellt nicht nur die Frage, ob die Atheisierung der Menschen weiter im Interesse des Sozialismus in Polen liege, er fragt auch: „Mythologisieren wir nicht den Begriff ‚Arbeiterklasse‘, wenn wir oft mit Formeln nach der Art ‚Die Arbeiterklasse will ...‘ operieren? Ist nicht die Zeit für eine analytische und kritische Aufspaltung des Begriffs gekommen?“ (Rzeczpospolita, 12.–13. 9. 1987).

Die ideologische Abrechnung mit der Vergangenheit in der Parteiintelligenz machte auch bei *Andrzej Werblan*, einem Chefideologen der sechziger und siebziger Jahre, nicht halt. Er beschreibt die Illusion einer ganzen Generation, der er selbst angehangen habe, wenn er die Faszination beklagt, die in den ersten Nachkriegsjahren bei weiten Kreisen der Jugend und bei intellektuellen Zirkeln vom Stalinismus ausgegangen sei. Mit erstaunlicher Offenheit, die bis heute für ein bis Anfang der achtziger Jahre führendes Mitglied der PVAP sensationell ist, spricht er davon, daß er einst ein Stalinist gewesen sei und schockiert auf die Ergebnisheit zurückblicke, mit der 1948 die Machtübernahme durch die Stalinisten in der Partei angenommen worden sei. Werblan bleibt aber nicht bei der Phänomenologie stehen. Er hält es für einen theoretischen Fehler, alle Fehlentwicklungen auf die Person Stalins zurückzuführen, und nicht zu sehen, daß die *Wurzeln für die Fehlentwicklung im* Autoritarismus und Etatismus des Systems selbst liegen. Der Altideologe der Partei fordert, noch überzeugt von der Reformierbarkeit des Sozialismus, eine radikale Umkehr, ausdrücklich „keine Rückkehr zu den reinen Quellen“, eine Abkehr vom geschlossenen ganzheitlichen Denken in *Idealbildern*. Die einzig wahre Prüfinstanz für die Rationalität des Sozialismus sei die Wirklichkeit, die Anwendung der Methode von Versuch und Irrtum (Zdanie, 9/1987).

Widerstände gegen Veränderungen

Von der *theoretischen Erkenntnis* der systembedingten Fehler der Vergangenheit und der Reformbedürftigkeit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen der Gegenwart bis zu deren *Umsetzung* ist im

realen Sozialismus Polens (oder auch in der Sowjetunion unter Gorbatschow) ein noch viel weiterer Weg als in den sogenannten bürgerlichen Gesellschaften des Westens, die nach den großen Wirtschaftskrisen der zwanziger und dreißiger Jahre und nach Faschismus und Nationalsozialismus zu grundlegenden Innovationen gezwungen wurden.

Beispiele für „altes Denken“ und das Beharrungsvermögen von unfähigen und zugleich arroganten, machtvollen Apparaten gibt es genug. Für die Meldungen aus Polen über eine Öffnung, Liberalisierung, gar Demokratisierung der Systemstrukturen ließen sich zahlreiche *Gegenbeispiele* und Beweise für Rückschläge und eingefahrene Verhaltensweisen anführen:

Die so emphatisch von den Massenmedien begrüßte Einrichtung der Stelle eines polnischen Ombudsman bzw. einer Bürgerrechtsbeauftragten verlor bei skeptischen Beobachtern viel von ihrer Attraktivität durch das Wahlverfahren. Nach Absprachen in der nationalen Front „PRON“ wurde Frau Prof. *Ewa Łętowska* am 19. November ohne vorhergehende Aussprache im Sejm und ohne Möglichkeit der Aufstellung von Gegenkandidaten den Abgeordneten zur Wahl gestellt. Diese altbekannte Postenvergabe hinter verschlossenen Türen forderte im Sejm den Protest von zwei Abgeordneten heraus, des unabhängigen Prof. *Ryszard Bender* von der Katholischen Universität Lublin und des bisher nicht als besonders aufmüßig bekannten nationalen *Edmund Męclewski*. Die beiden warfen „dem Sejmpräsidium oder auch irgendeiner der einflußreichen politischen Lobbies Voluntarismus“ (Bender) vor und einen Verstoß gegen die vielbeschworene „*jawność*“. Sogar ein junger Abgeordneter aus der PVAP-Fraktion, *Jacek Piechota* (Jg. 1959, Stettin) stellte den Antrag auf Verschiebung der Wahl, den Parlamentspräsident *Roman Malinowski* von der Vereinigten Bauernpartei (ZSL) mit rotem Kopf und etwas desorientiert ablehnte.

Bei den *Kommunalwahlen* in diesem Jahr werden wie in der Vergangenheit die Kandidaten und Gegenkandidaten in den Wahlbezirken derselben Partei angehören, so daß sich am Parteienschlüssel nichts ändern wird und es auch in absehbarer Zukunft wenig zu wählen gibt. Ungeachtet einer Liberalisierung in Kunst und Literatur wird die – unter für die Warschauer Führung beschämenden Umständen zustande gekommene – Auflösung des Schriftstellerverbandes ZLP im Jahre 1983 und die Gründung eines regimenahen Schriftstellerverbandes mit demselben Namen nicht rückgängig gemacht. Ein Kompromiß ist bisher nicht in Sicht.

Die *Zensur* streicht weiterhin fleißig in den Artikeln der katholischen und auch der Parteipresse. In der katholischen Presse werden die Auslassungen mit Hinweis auf den entsprechenden Artikel des Zensurgesetzes gekennzeichnet. Über die Streichungen in interessanten Artikeln der Parteipresse weiß man oder weiß man nicht. Sie werden nicht kenntlich gemacht.

Über das Verharren im „alten Denken“ und den Widerstand der Apparate bei der Realisierung der Wirtschaftsreform beklagte sich Staatschef Jaruzelski in seiner Neujahrsansprache recht offen: „Wird es uns gelingen, den magischen Kreis der Verzögerungen, Versäumnisse und halbherzigen Lösungen zu überwinden? ... Werden die Polen nicht wieder nur diskutieren, werden sie in der Lage sein, die Illusionen und kleinkariertes Gezänk zu überwinden? Die Wirtschaftsreform beinhaltet nicht nur einen grundlegenden Umbau des Wirtschaftsmechanismus, erforderlich ist auch eine grundlegende Veränderung des Bewußtseins des Volkes.“

Das *Bewußtsein des Volkes* wird an der Jahreswende 1987/88 jedoch weitgehend von der weiterhin *angespannten Wirtschaftslage*, der Angst vor einem kalten Winter mit Stromausfällen und Wasserrohrbrüchen, den hohen Preissteigerungen für Lebensmittel und Energie sowie der Erfahrung geprägt, daß die ersten sechs Jahre der Wirtschaftsreform noch nichts Gutes gebracht haben. Der *Pessimismus* nimmt in der Bevölkerung nach jüngster Umfrage weiter zu.

Die vorsichtige Kirche

Angesichts dieser Situation forderten die katholischen Bischöfe nach der 224. Plenarkonferenz in Kielce am 8. November 1987 im Abschlußkommuniqué wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Reformen, die den Pluralismus in der polnischen Gesellschaft widerspiegeln. Sie hielten sich mit mißverständlicher öffentlicher Unterstützung für die Jaruzelski-Politik zurück. So erreichte der General die sicherlich erwünschte positive Äußerung zum bevorstehenden Referendum von seiten des Primas während des Zusammentreffens mit Kardinal Glemp am 16. November nicht.

Die *Atmosphäre zwischen Staat und Kirche* hat sich nach dem Papstbesuch im Juni vergangenen Jahres (vgl. HK, Juli 1987, 311), der mit einer Verstimmung zwischen Papst und General zu Ende ging, zweifellos wieder gebessert. Dazu trug die Zustimmung der Regierung zur Gründung einer Stiftung zur Wasserversorgung auf dem Lande bei, die die 10-Mio-Dollar-Spende des US-Kongresses und die 2-Mio-Dollar-Gabe des Europäischen Parlaments verwirtschaften soll. Nach dem Scheitern des Projekts einer katholischen Agrarstiftung war das ein gutes Zeichen. Es bleibt zu hoffen, daß die Behörden nicht wieder bei der Realisierung des Stiftungsprogramms Schwierigkeiten bereiten.

Sollten in den kommenden Monaten – wider Erwarten der großen Mehrheit der Bevölkerung – entscheidende Fortschritte bei der Implementierung der Wirtschaftsreform und bei der Pluralisierung des politischen Lebens gemacht werden, sollte der Widerstand gegen „Offenheit“ und „Umbau“ wirklich überwunden werden, dann wird die größte institutionelle Kraft in Polen neben der regierenden Partei den Unternehmungen Jaruzelskis vermutlich ein größeres Lob spenden, als ihr das bisher angemessen erscheint.

Dieter Bingen